



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > **Familienministerin Müller: „Millionenschweres Investitionsprogramm gestartet – 1,65 Millionen Euro Förderung gehen nach Buttenheim!“ – Kinderbetreuung**

Familienministerin Müller: „Millionenschweres Investitionsprogramm gestartet – 1,65 Millionen Euro Förderung gehen nach Buttenheim!“ – Kinderbetreuung

14. Januar 2018

Der Freistaat Bayern hat ein Investitionsprogramm zur Schaffung neuer Kitaplätze gestartet. Die Gemeinden erhalten aus Mitteln des Bundes einen Aufschlag von bis zu 35 Prozent auf die reguläre Förderung. Jetzt profitiert davon der Landkreis Bamberg: „Ich freue mich sehr, dass in der Gemeinde Buttenheim 60 neue Betreuungsplätze für Kinder von der Geburt bis zum Schuleintritt entstehen. Der Freistaat unterstützt die Kommune dabei mit einer Förderung in Höhe von insgesamt 1,65 Millionen Euro“, so Bayerns Familienministerin Emilia Müller.

Die Summe schlüsselt sich auf folgende Projekte auf:

- 1.464.000 Euro für den Neubau einer Kindertagesstätte mit 42 Betreuungsplätzen und
- 189.000 Euro für die Erweiterung des bestehenden Waldkindergartens um 18 neue Betreuungsplätze.

Zu dem Investitionsprogramm erklärte die Ministerin: „Das Programm kommt zur rechten Zeit: die Geburtenzahlen steigen. Wir wollen aber auch inklusive Einrichtungen ausbauen und dem Betreuungsbedarf von Flüchtlingskindern gerecht werden. Insgesamt stehen 178 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung, mit denen wir die reguläre staatliche Förderung erheblich verstärken können.“ So erhalten Kommunen künftig durchschnittlich 85 Prozent statt der regulären 50 Prozent ihrer förderfähigen Investitionskosten erstattet.

Seit 2008 sind rund 80.000 Plätze für Kinder unter drei Jahren entstanden. Insgesamt standen dafür 1,4 Milliarden Euro zur Verfügung. Mit Blick in die Zukunft verdeutlichte Müller: „Wir wollen eine maßgeschneiderte Kinderbetreuung in allen Teilen Bayerns und höchste Qualität in den Kindertageseinrichtungen. Das vierte Investitionsprogramm ist ein Baustein dazu.“ Anträge können bis zum 31. August 2019 bei den zuständigen Regierungen gestellt werden.

[Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers](#)

